

Kein Recht auf Autonomie

Der Separatismus im Rheinland, an der Ruhr,
in der Pfalz und im Saargebiet von 1792 bis heute

Gefolgt von:
Die grundgesetzwidrige Neugliederung der Bundesrepublik
Deutschland

Von Harry R. Wilkens-Weyland

Rheinland, Ruhr, Pfalz

Die aus dem keltisch-römisch-fränkischen Kulturkreis hervorgegangenen Rheinländer stemmten sich schon seit jeher mit aller Macht gegen eine Bevormundung ihrer altehrwürdigen abendländischen Kultur und Zivilisation durch Landesfremde aus dem Osten. Schon oft hatte es Bestrebungen gegeben, aus dem Rheinland einen Pufferstaat zwischen Deutschland und Frankreich zu machen, oder aber es gar völlig oder Teile davon an Frankreich anzuschließen. Für die Franzosen galt die Parole: "Ce sont des Celtes comme nous" - es sind Kelten wie wir - während man die Rechtsrheinischen verächtlich als "Pruss o-Slawen" ansah. Übrigens bezeichnet man noch heute in Wallonien und Frankreich die deutschen Nachbarn als "nos voisins d'Outre-Rhin" - also als Nachbarn jenseits des Rheins, und zählt somit die Linksrheinischen nicht dazu. Allerdings besteht neuerdings in Frankreich der Trend dazu, auch das linksrheinische deutsche Staatsgebiet als "Outre-Rhin" zu betrachten (z.B. in LE MONDE v. 10.3.1973). Andererseits galten die Pfälzer in Deutschland und in Bayern, zu dem die Pfalz von 1815 bis 1935 verwaltungsmäßig gehörte, als "Franzoseköpp", nicht zuletzt wegen ihrer leichten und heiteren Art. In den schon ab 1792 gegründeten zisrhenanischen Clubs hatte sich der Streit erhoben, ob die Pfalz autonom sein solle oder französisch. Dabei behielten die "Franzosen" die Oberhand. Anstatt der Autonomie verlangten sie die Annexion, anstatt einer Frankenrepublik ein französisches Departement.

Viele Pfälzer Orte beantragten in den Jahren 1792-93 ihre Angliederung an die eben entstandene französische Republik. Am 30. März 1793 wurden Mainz und die Pfalz Bestandteile davon ("partie integrante de la Republique Française"). Als am 17. Oktober 1797 Frankreich die restlichen linksrheinischen Gebiete erhielt, war sein Wunsch nach der "natürlichen Rheingrenze" erfüllt. Überall in der Pfalz wurden am 1. Vendémiaire des Jahres VI (22.9.1797) Freiheitsfeste gefeiert und der Anschluß der Pfalz an Frankreich als Departement Mont-Tonnerre (Dept. Donnersberg) mit der Hauptstadt Mainz/Mayence durch den Kongreß von Rastatt und den Frieden von Luneville im Jahre 1801 besiegelt. St. Ingbert, Blieskastel, Kusel und Waldmohr kamen zum Departement Sarre/Saar mit der Hauptstadt Trier/Trèves.

Die Führer der Zisrhenanen, unter ihnen Georges Forster, ehemaliger Begleiter des Kapitän Cook in den australischen Meeren und Bibliothekar des Mainzer Bischofs, sowie Josef Görres, waren sehr darüber enttäuscht, daß ihr Land der Französischen Republik einfach einverleibt wurde, denn sie hätten lieber einen eigenen autonomen rheinischen Staat, oder gar eine Rheinisch-Belgische Konföderation gehabt. Jedoch die Hoffnungen der Zisrhenanen sollten sich nicht erfüllen, vor allem da ihr hauptsächlichster Förderer, der französische General Hoche, am 18.9.1797 starb und kurz darauf unter dem neuen Gouverneur Rudier die 1792 entstandene zisrhenanische grün-weiß-rote Trikolore durch die französische blau-weiß-rote ersetzt wurde. Am 17. Oktober 1797 wurde das Territorium links des Rheins in vier französische Departements eingeteilt: Rhin-et-Moselle (Hauptstadt Koblenz). Mont-Tonnerre (Mainz) - übrigens eine Verballhornung des nach dem altgermanischen Gott Donar (Thor) benannten Donnersbergs, der höchsten Erhebung der Pfalz (687 m) -, Sarre (Trier) und Roer (Aachen). Schließlich wurde ab 30. März 1798 Französisch die alleinige Gerichtssprache in diesen linksrheinischen Departements. Spätestens bei dieser Enthüllung des jakobinischen Sprachimperialismus wandten sich viele militante Zisrhenanen von Frankreich ab.

Nach der Niederlage des napoleonischen Empires blieben Saarbrücken, Saarlouis und Landau aufgrund des Pariser Friedens vom 31. Mai 1814 zunächst französisch, diese Entscheidung wurde jedoch bald durch den 2. Pariser Vertrag vom 20. November 1815 aufgehoben. Am 9. Mai 1814 hatten die Franzosen einen Schutzkorridor ("glacis protecteur") von 50 Kilometern Breite beantragt, der im Norden durch Luxemburg, Kaiserslautern und Speyer begrenzt sein sollte. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt und bald

besetzten deutsche Garnisonen dieses Gebiet. Um Preußen für den Verlust seiner polnischen Provinzen zu entschädigen, teilte ihm die Statistik-Kommission des Wiener Kongresses namentlich die Rheinprovinzen zu.

Nachdem sie zunächst von einer k.u.k. österreichischen und bayrischen Landesadministrationskommission verwaltet worden war, kam die Pfalz am 14. April 1816 endgültig an das von ihr durch Baden und Württemberg getrennte Bayern. Zunächst war der Verwaltungssitz in Bad Kreuznach, und schließlich wurde er nach Speyer verlegt. Nach 1814 litt nicht nur die Pfalz, sondern auch das übrige Rheinland unter der Besetzung der preußischen, bayrischen und österreichischen Truppen, und vergeblich keimte bei Napoleons Rückkehr von der Insel Elba bei der einheimischen Bevölkerung ein Hoffnungsschimmer auf. Ab 1816 warf Josef Görres den Franzosen vor, es nicht verstanden zu haben, die Rheinische Republik zu verwirklichen. Die Einwohner von Mainz pflegten weiterhin das Grab des ehemaligen Präfekten vom Dept. Donnersberg, Jean Bon Saint-Andre. Bekanntlich blieb der Code Napoleon in den linksrheinischen Gebieten bis 1908 in kraft.

Die Revolution von 1830 (Gründung des "Mainzer Kreis") und 1848 gaben auch dem rheinischen Autonomismus wieder Aufschwung. Der deutsche Kaiser Wilhelm I. sollte im Jahre 1885 zutreffenderweise von den Rheinländern sagen: "Es ist sehr schwierig, daraus Deutsche zu machen", und nicht zuletzt deshalb wohl blieben preußische und Österreichische Truppen bis zum Jahre 1866 sicherheitshalber in Mainz stationiert. Verschiedenen Quellen zufolge soll Bismarck im Jahre 1866 dem französischen Botschafter in Berlin, Benedetti, die Abgabe der Rheinprovinzen bzw. von Teilen davon, an Frankreich vorgeschlagen haben. Ähnliche Äußerungen hatte Bismarck schon 1863 gegenüber dem General Fleury, einem Vertrauten Napoleons III. gemacht, 1864 gegenüber dem britischen Botschafter in Berlin, Andrew Buchanan, und bald darauf gegenüber Frankreichs Botschafter in Wien, dem Duc de Gramont¹. In dem historisch bedeutsamen Jahr 1866 erhielt der rheinländische Autonomismus neuen Auftrieb. Die Abneigung gegen die fremde Bevormundung ging sogar so weit, daß die Kölner preußische Banknoten verweigerten. Durch ihre antipreußische Haltung bedingt, mußten viele Rheinländer, vor allem Pfälzer, ins Elsaß fliehen. Dann aber setzte Bismarck weiteren separatistischen Bestrebungen ein Ende, was ihm ja nach seinem Sieg über die Franzosen im Kriege von 1870/71 und dem darauffolgenden Anschluß von Elsaß-Lothringen und der dadurch bedingten größeren Entfernung zwischen Frankreich und dem Rheinland nicht allzu schwer fallen mußte. In diese Zeit fallen auch die Jahre des Kulturkampfes (1870-89) zwischen dem preußischen Staat und der katholischen Kirche, insbesondere den katholischen Rhein- und Saarländern.

Leider waren die linksrheinischen Patrioten oft geteilter Meinung, ihre Bemühungen gingen getrennte Wege. Im nur bedingt preußenfeindlichen nördlichen Rheinland ging es ihnen vor allem um die Errichtung eines autonomen Staates, der zwar losgelöst von Preußen, jedoch immer noch nach Osten hin geöffnet sein sollte, wenn auch mit starker wirtschaftlicher Anlehnung an Frankreich. Diese Anlehnung war in der Vergangenheit nicht immer nur wirtschaftlicher Art gewesen: So zum Beispiel hatte sich der Kurfürst von Trier durch Vertrag vom 9. April 1632 unter den Schutz des französischen Königs gestellt und französische Garnisonen für seine Festungen erbeten, vor allem für die Festung Ehrenbreitstein, die in Koblenz den Zusammenfluß von Mosel und Rhein noch heute beherrscht. Koblenz sollte später unter Napoleon die Hauptstadt des Departement Rhin-et-Moselle werden. Zu den Unterschieden zwischen rheinländischem und pfälzischem Autonomismus gesellt sich noch der Religionsunterschied zwischen den katholischen Rheinländern (und Saarländern) und den meist protestantischen Pfälzern. Besonders nach dem Ersten Weltkrieg, in der härtesten Separatistenzeit, waren die nordpfälzischen Katholiken und die Saarkatholiken eher einer von Köln aus gelenkten westdeutschen Republik zugeneigt, während das Zentrum des rein pfälzischen Autonomismus sich in Speyer befand.

¹ Es handelt sich um folgende Quellen: Pierre DE LA GORCE, "Histoire du Second Empire", Band IV, S. 546 u. 547. Paul MATTER, "Bismarck et son temps", Band II, S. 224, 275, 417, 420, 527, 532.

Lediglich in der napoleonischen Rheinfrankenlegion hatten Pfälzer, Saarländer und Rheinländer einmütig Seite an Seite gekämpft. Eine weitere Gemeinsamkeit der Bewohner der linksrheinischen Gebiete ist ihr militanter Antimilitarismus und die dadurch bedingte antipreußische Haltung.

Ende 1918 wurde das Rheinland von den Siegermächten besetzt und später in 3 Zonen eingeteilt, die bei pünktlicher Erfüllung des Versailler Reparationsvertrages nach 5, 10 und 15 Jahren geräumt werden sollten. (1. Zone: Gebiet von Kleve bis Bonn. 2. Zone: von Aachen bis Bingen, 3. Zone: südl. Aachen, einschl. Saargebiet bis franz. Grenze). Jede dieser 3 Zonen hatte einen auf rechtsrheinischer Seite vorgelagerten Brückenkopf von 50 km Durchmesser, und zwar vor Köln, vor Koblenz und vor Mainz (einschl. Wiesbaden). Nun konnten sich die im Rheinland und in der Pfalz lebenden Autonomisten wieder frei zusammentun und durften zunächst mit dem Wohlwollen der französischen Besatzungsbehörden rechnen. Der mit einer aus St. Avold stammenden Lothringerin verheiratete Kölner Sozialdemokrat Josef Smeets trat 1919 aus der USPD (Unabhängige SPD) aus und gründete mit seinen Anhängern die Rheinische Republikanische Volkspartei, deren Organ das Blatt "Rheinische Republik" war. Der 1880 in Endenich, Rheinland, geborene Dr. Dorten war Jurist und Staats-anwalt. Am 1. Juni 1919 rief er in Wiesbaden eine Rheinische Republik aus, die vom französischen Gouverneur für das Rheinland, General Mangin, toleriert wurde. Aber Clemenceau warnte Mangin davor, die autonomistische Bewegung zu unterstützen und bald darauf wurde der Gouverneur seines Postens enthoben und durch General Degoutte ersetzt. Dorten gründete am 8.4.1920 das "Office Central Rhenan", das Rheinische Zentraibüro zur Förderung einer eigenen rheinischen Währung. Später kommt noch der mit einer Deutschbelgierin verheiratete Wahlrheinländer Matthes auf den Plan, der im Februar 1923 die "Frei Rheinland Partei" gründete. Man sieht also, daß es sich bei den Führern der Separatisten keineswegs um "landfremde Elemente" handelt, die aus "französischen Zuchthäusern an den Rhein geschickt" worden waren, wie es die rechtsrheinische und später die nationalsozialistische Presse immer behauptete. Andererseits trifft es zu, daß viele rechtsrheinische Kommunisten durch die Reichswehr verjagt wurden und ins besetzte Gebiet flüchten mußten, wo viele von ihnen in Dortens Armee eintraten. Aber auch die rechtsrheinischen antiseparatistischen Organisationen wurden oft genug von Fremden unterstützt, wie zum Beispiel dem Österreicher Hans Steinacher, der kurz vorher beim Kärntner Volksabstimmungskampf 1920 mitgewirkt hatte.

Am 5.12.1918 sprachen sich rund 5000 Rheinländer für die Gründung einer "Autonomen Rheinisch-Westfälischen Republik im Rahmen Deutschlands" aus. Zwar war die französische Besatzungsmacht den Autonomisten zunächst freundlich gesinnt, dann aber gelang es dem Hauptgegenspieler des rheinischen Separatismus, dem propreußisch gestimmten Zentrums Politiker und Kölner Bürgermeister Dr. Konrad Adenauer, durch Anbiederungen bei den britischen Besatzungsbehörden, gegenüber denen er sich gern als allein befugter Repräsentant der linksrheinischen Bevölkerung ausgab, zumindest in der englischen Zone ein Verbot der separatistischen Aktivitäten zu bewirken, die dann ab 22.8.1919 mit Gefängnisstrafen belegt wurden. Dies war ein harter Schlag für die rheinischen Autonomisten, vor allem als jetzt England mit Frankreich diesbezüglich Noten austauschte, in denen London Paris zum Verbot aller separatistischer Organisationen in der französischen Besatzungszone aufforderte. Am 10. März 1921 versicherte der französische Ministerpräsident dem britischen Staatsmann Lloyd George, daß Frankreich nicht von sich aus das Rheinland annektieren werde, sondern das rheinische Volk selbst darüber entscheiden solle. Von 1919 bis 1923 griff Adenauer kein einziges Mal mehr in die Diskussion um das Rheinland ein, er wollte lieber die Entwicklung der Dinge abwarten. Obwohl in dieser Zeit den Kölner Autonomisten die Hände gebunden waren, erhielten sie unerwartet Verstärkung: Als 1921 der oberschlesische Aufstand von dort ansässigen Deutschen dank der Unterstützung von bayrischen, tyrolischen und anderen

Freiwilligenverbänden niedergeschlagen werden konnte, flohen viele polnisch-oberschlesische Insurgenten ins besetzte Rheinland, wo etliche in die Armee Dortens eintraten, während andere nach Frankreich weiterzogen. Die pfälzischen Autonomisten ihrerseits handelten völlig selbständig. Am 22. Februar 1919 wurde nach einer Sitzung im Landauer Hotel Schwan folgende Resolution erlassen: "In weiten Kreisen der pfälzischen Bevölkerung besteht der Wunsch nach Errichtung einer Autonomen Republik Pfalz". Dies war die Antwort auf die Resolution des am 6. Februar 1919 in Neustadt an der Haardt (heute: Neustadt an der Weinstraße) gegründeten "Pfälzischen Industriellenverbandes", dem sich in kurzer Zeit fast alle Industriebetriebe der Pfalz anschlossen, und deren Bosse sich anmaßen, im Namen ihrer insgesamt weit über 100.000 Arbeiter folgendermaßen sprechen zu können: "Der Verband pfälzischer Industrieller bekennt sich zur unverbrüchlichen Zugehörigkeit der Pfalz zum Deutschen Reiche und zugleich zu des Reiches Einheit und Freiheit." Für den 17. Mai 1919 war von den pfälzischen Autonomisten in Speyer ein Putsch vorgesehen, der jedoch am Vortage verraten wurde. Der Reichstagsabgeordnete Hofmann aus Ludwigshafen, der am 22. Februar 1919 im Hotel Schwan mit dabei gewesen war, lief zum vom bayrischen Staat eingesetzten pfälzischen Regierungspräsidenten Dr. von Winterstein über. Nach dem Verrat ihres Putsches begab sich am 17. Mai eine Delegation der Autonomisten zu Dr. von Winterstein, um Gewalttaten vorzuzukommen, aber die Delegierten wurden dennoch durch seine Order einige Tage später, am 21. Mai als "Hochverräter" verhaftet. Es handelte sich hier um die Autonomisten Dr. Haas, Hofmann, Schenk und Müller. Dr. Haas war der Präsident der Organisation "Freie Pfalz". Eine weitere autonomistische Bewegung trug die Bezeichnung "Ligue pour l'Autonomie du Palatinat". Diese Delegierten hatten bei ihrer Unterredung "im Namen des pfälzischen Volkes die unverzügliche Proklamation der Pfalz zu einer selbständigen neutralen Republik mit wirtschaftlichem Anschluß nach Westen" gefordert. Zu jener Zeit wollte der für das Rheinland zuständige General Mangin durch Dr. Dorn und J. Smeets die Rheinische Republik ausrufen lassen. Da der in Speyer residierende französische Pfalzgouverneur General Gerard eine Hinneigung der nordpfälzischen Katholiken und der Homburger Saarkatholiken² zur westdeutschen Republik befürchtete, wurde durch seine eifrigen Bestrebungen, den Rheinländern durch eine Republikgründung vorzuzukommen, der mißlungene Putsch zu schnell und unüberlegt ausgelöst.

Die französische Schutzmacht tat nun alles, um ihre linksrheinischen Verbündeten wenigstens kulturell und moralisch zu unterstützen. An junge Rheinländer wurden Stipendien für ein Studium an den Universitäten von Metz, Straßburg und Nancy ausgegeben, damit sie nicht mehr an rechtsrheinischen Universitäten zu studieren brauchten. Die traditionsreiche Universität Köln wurde wieder eröffnet. Heute sind die Hochschulen von Bonn und Köln, von Aachen, Saarbrücken, Trier und Kaiserslautern Stätten der Bonner Umerziehungspolitik, anstatt als Mittler zwischen der deutschen und der französischen Kultur zu dienen.

Nach dem Ersten Weltkrieg erschienen im Rheinland und in der Pfalz französische und zweisprachige Zeitungen, wie das französische "Echo du Rhin" oder die zweisprachigen Zeitschriften "Rhin Illustré" und "Revue Rhénane"; an der letzteren wirkten bekannte deutsche und französische Schriftsteller mit, ihre Auflage von nur 3.000 war jedoch eher für die intellektuelle Elite des Rheinlandes bestimmt. Es gab auch das objektive deutschsprachige "Nachrichtenblatt". Wie ich schon in meiner Schrift "Der Kultur- und Sprachenkampf an Deutschlands Westgrenzen" erwähnt habe, dürfen heute im deutschen Staatsgebiet links des Rheins französische Zeitungen nur noch bedingt und mit großen Verspätungen verkauft werden. Damals wurden auch zahlreiche französische Schulen und Sprachkurse eingerichtet, die heute im Rheinland und in der Pfalz nicht mehr denkbar wären. Zum Beispiel gibt der in Baden-Baden beheimatete "Südwestfunk" zwar Nachrichten in Italienisch, Serbokroatisch, Englisch, Spanisch, Türkisch und Griechisch sowie Sprachkurse in Deutsch, Englisch und Spanisch, jedoch erst seit Anfang 1973 übernimmt er die französischen Nachrichten des

² 1920 wurde dann dieses Gebiet von der Pfalz abgetrennt

bayrischen Fernsehens.

Nach dem zweiten Putsch, der am 1. Juni 1919 stattfand, ging es erst einmal um die kulturelle und politische Festigung der Position der Autonomisten in der Pfalz. Inzwischen war der französische Pfalzgouverneur General Gerard durch den Colonel de Metz ersetzt worden. Ab 21.1.1923 wurde die Mehrzahl der Mitglieder der fremden bayrischen Regierung der Pfalz (so z.B. Regierungspräsident von Chlingensperg, der Nachfolger des Dr. von Winterstein) ausgewiesen. 1.400 Eisenbahner mit ihren 7000 Angehörigen mußten ihnen am 7. März 1923 folgen, da sie nicht bei der französisch-belgischen Regiebahn mitarbeiten wollten. Am 1. Juli 1923 waren somit in der Pfalz bereits ausgewiesen: 1251 Reichsbeamte, 132 Landes- und Gemeindebeamte, 98 Angehörige freier Berufe mit zusammen 3605 Angehörigen. Es handelte sich hierbei wohlbemerkt vor allem um fremde und rechts rheinischorientierte Beamte. Am 1. November 1923 betrug die Gesamtzahl der Ausgewiesenen schon 20.992, was 2,5 % der gesamten Bevölkerung der Pfalz ausmachte. Die militantesten Ausgewiesenen meldeten sich bei der im Sommer 1919 vom Dr. von Winterstein gegründeten "Kampf-abwehrsteile Heidelberg", Klingenteich 3, deren Leiter Dr. Ritter von Eberlein war. Diese Heidelberger Abwehrsteile schleuste propreußische und probayrische Agenten in die Pfalz ein, und schon wegen dieser ganzen sich daraus ergebenden Gewalttätigkeiten unterschied sich der Freiheitskampf der Pfälzer beträchtlich von dem der übrigen Rheinländer, Wir werden später noch auf die Aktivitäten dieser Abwehrsteile zu sprechen kommen,

Inzwischen waren am 10. Januar 1923 französische und belgische Truppen ins Ruhrgebiet einmarschiert. Am 13. Januar 1923 verbietet der Reichskohlenkommissar jedwelche Lieferung von Reparationskohle an Belgien und Frankreich, und zugleich untersagt die Regierung irgendwelche Zahlung von Zöllen, Kohlensteuer usw. an diese Mächte. Damit wurde der Ruhrkampf eröffnet. Bei Zusammenstößen mit reichstreuen Truppen am 17. März 1923 wurde Smeets mit seinem engsten Mitarbeiterstab von einem Schlagetermann zusammengeschlagen, wobei Smeets sehr schwer verwundet wurde und einige seiner Leute ihr Leben ließen. Der Schwarzwälder Albert Leo Schlageter selbst fiel wenig später am 26. Mai 1923, in der Nähe von Düsseldorf unter den Kugeln eines französischen Exekutionspelotons, weil er mit anderen Deutschnationalen einen Anschlag auf die Eisenbahnlinie Düsseldorf-Duisburg ausführte, wodurch der Transport deutscher Kohlenzüge nach Frankreich verhindert wurde. Am 30. September 1923 fand in Düsseldorf ein großes Treffen der rheinischen Separatisten statt. Durch Eingreifen der Schupo und Sipo, die das Feuer eröffnete und zahlreiche Teilnehmer tötete, konnte vorerst die Ausrufung der rheinischen Republik verhindert werden. Franzosen entwaffneten und internierten die Polizei. Am gleichen Tag fand der Aachener Aufstand unter Leitung des dortigen Separatistenführers Leo Deckers statt. Vom 22.10. bis 24.10.23 wurden nacheinander Trier, Koblenz, Mainz, Wiesbaden und Duisburg für die Sache der Separatisten gewonnen. Am 25.10. wurde Krefeld besetzt, und am 30.10. erfolgte die offizielle Bekanntgabe der Gründung der Rheinischen Republik, deren Hauptstadt dem Wunsche Matthes' gemäß Koblenz sein sollte. Wiederum trat Adenauer in Gesprächen mit den britischen Besatzern in das Licht der Öffentlichkeit und am 31.10. verteilte die britische Regierung Noten an Brüssel und Paris, die besagten, daß sie die Rheinlandregierung nicht anerkenne. Am 3.11.1923 wurde Matthes als Bevollmächtigter für den "Nordrhein" ernannt und Dorten bekam den "Südrhein". Am gleichen Tage wurde Königsstein/Taunus eingenommen, und danach eilten die Rheinländer zur Unterstützung der Pfälzer nach Süden.

Zu jener Zeit war das Haupt der plälzischen Autonomisten der Führer der "Freien Bauernschaft", Franz Josef H e i n z aus dem pfälzischen Dorf Orbis. Er hatte die Bauernschaft hinter sich und konnte sich nach und nach die nord- und südpfälzischen Bezirke erobern. Lediglich Zweibrücken und Pirmasens hielten sich mehr an den Separatisten Hamm, seinen Widerstreiter und Mitkonkurrenten in der Führung der "Freien Bauernschaft". Angeblich haben F.J. Heinz und Schmitz-Eppert, der

spätere Pressechef der pfälzischen Regierung, am 5.2.23 mit Hitler in München verhandelt, und später sollen Heinz und Hitler mehrmals allein konferiert haben. Auf der anderen Seite jedoch soll es sehr gute Beziehungen zwischen Matthes und dem Hamburger Kommunistenführer Ernst Thälmann gegeben haben, obwohl Walter Ulbricht, der um jene Zeit ja schon ebenfalls maßgeblich kommunistisch tätig war, einen großen Gewehrtransport an die Separatisten aufhielt und sich noch nach 1945 damit rühmte, daß die KPD am kompromißlosesten gegen den rheinischen Separatismus gekämpft habe.

F.J. Heinz setzte sich auch mit ganzer Kraft für den durch General de Metz geschaffenen pfälzischen Franc ein. Im Oktober 1923 hatten diesbezügliche Währungs Verhandlungen stattgefunden, die jedoch aufgrund rechtsrheinischer Interventionen scheiterten. Die Reichsregierung versuchte alles, um auch die linksrheinischen Gebiete in den Strudel der gerade am stärksten wütenden Inflation hineinzuziehen. Rechtsrheinische Studenten wurden angeheuert, um bei Nacht und Nebel durch den Rhein schwimmend große Packen von Inflationsgeld ins Linksrheinische zu schmuggeln. Die Weimarer Regierung war sich sehr wohl bewußt, daß bei der Einführung eines rheinländischen oder pfälzischen Francs diese Gebiete wohl für immer verloren gehen würden, nicht zuletzt deshalb, weil die pfälzisch-französischen Zollgrenzen - verglichen mit der pfälzischen Rheingrenze - schon stark gelockert worden waren. Von Mitte November 1923 an ließ Dorten separatistisches Notgeld drucken, bis es auf Betreiben Adenauers von den britischen Militärbehörden in der englischen Zone verboten wurde. Die belgischen Besatzungsbehörden erließen ebenfalls ein solches Verbot. Dr. Dorten hatte die "Rheinische Bank" gegründet, die immerhin auf einem Kapital von 300 Millionen Goldfrancs beruhen sollte, wovon General Mangin 150 Mill. bei Banken in Frankreich und Belgien und die andere Hälfte in rheinischen Industriekreisen beschaffen wollte.

Nachdem die rheinländischen Truppen am 5.11.23 die hessisch-pfälzische Grenze überschritten hatten, mußten manche pfälzischen Ortschaften nach und nach eingenommen werden: am gleichen Tage Kirchheimbolanden und Kaiserslautern, am 8. November Neustadt, am 9. November Lauterecken, am 10. November Bad Dürkheim, Germersheim und Speyer. Nun konnte am 12.11.23 in Speyer die Autonome Republik Pfalz proklamiert werden. Schon bei einer vorausgegangenen Begegnung, im Sommer 1923, hatte Borten den Pfälzer **F.J.Heinz** zum Generalkommissar der Pfalz ernannt, und dieser wurde am 12.11. Präsident der neuen Republik. Josef Schenk aus Maikammer wurde Kultusminister, Max Noack Finanzminister, Adolf Bley aus Kirchheimbolanden (der spätere Nachfolger von Heinz) wurde Wirtschafts- und Verkehrsminister und Schmitz-Eppert wurde Pressechef der neuen Regierung. Ebenfalls am 12.11.23 schloß sich Schifferstadt den Separatisten an, am 15. November folgten Kusel und Landstuhl, und am 18. November wurde die Nordpfalz (Odenbach am Glan) eingenommen. Von Kaiserslautern aus waren seit dem 5. November die Autonomisten strahlenförmig ausgerückt, um die ganze Pfalz zu erobern. Erst am 23. November gelang ihnen mit Hilfe der Regiearbeiter der Ludwigshafener Eisenbahnwerkstätte die Einnahme von Ludwigshafen. Am 29. November wurde Pirmasens und am 3. Dezember Zweibrücken eingenommen. Bisweilen ging es da recht blutig zu, denn die Gegner waren bestens mit Waffen ausgerüstet und erhielten vom rechtsrheinischen Deutschland aktive Unterstützung. Die Regierungstreuen verbreiteten überall die Nachricht, daß es sich bei den Separatisten lediglich um landesfremde Verbrecher handelte, und oftmals wurde dabei betont, daß der eine oder andere freie Pfälzer im Auslande geboren oder dorthin emigriert war, um somit das noch heute den Deutschen so eigene Mißtrauen gegenüber ihren Emigranten zu wecken. Bis zum 31. Dezember 1923 hatten 612 von den 664 die Pfalz bildenden Gemeinden die Regierung von F.J. Heinz anerkannt. Wo es möglich war, wurde auf den Personalausweisen der Pfälzer die Bemerkung "bayrische Staatsangehörigkeit" durchgestrichen und durch "autonome Pfalz" ersetzt. Es fehlte ihr aber die offizielle Anerkennung der Interalliierten Hohen Kommission in Koblenz, die auf sich warten ließ. Berlin und München machten sich dieses Zögern zunutze. Die Gegner der

rheinischen Separatisten waren inzwischen nicht müßig gewesen. Am 11.11.23 erklärte Lord Curzon vor einer Abordnung der britischen Völkerbundsvereinigung, daß Deutschland unbedingt ein Ganzes bleiben müsse. Die Briten intervenierten wie schon so oft bei der französischen Regierung. Es schien, als ob sich der ewige anglo-französische Konflikt am Rhein zutragen sollte. Die rechtsrheinischen adenauerschen Interventionen hatten ihre Früchte getragen. Am 28.11.23 gibt der rheinländische Regierungspräsident Matthes gegenüber dem Oberkommissar der interalliierten Rheinlandkommission, **Tirard**, seine Rücktrittserklärung ab, und am 2.12. beruft Dorten die neue rheinische Regierung ein. Das Rheinland wurde in die folgenden 6 Verwaltungsgebiete (Regionen) eingeteilt: Mosel (Gebietsleiter Marx), Mittelrhein (Oehmen), Niederrhein (Grand'Ry), Hessen (Dr. Liebing), Pfalz (Heinz), Nassau (**Dr. Dorten**).

Trotz der rechtsrheinischen Propaganda fanden die rheinischen Autonomisten weitgehend Rückhalt bei der einheimischen Bevölkerung. Verschiedene separatistenfreundliche Blätter machten es sich zur Aufgabe, die linksrheinische Bevölkerung zu bewußten Rheinländern zu machen, so z.B. die Zeitungen NEUER SAAR-KURIER, RHEINISCHE REPUBLIK, SAARLOUISER JOURNAL, PFÄLZISCHE WACHT, FREIE PFALZ, RHEINISCHE VOLKSSTIMME, RHEINISCHE WARTE.

Schließlich kam aus München der Befehl, daß bis spätestens 10. Januar 1924 die führenden Männer der separatistischen Regierung der Pfalz zu beseitigen seien. Dies sollte von der Heidelberger Pfälzzentrale aus besorgt werden. Am 9. Januar 1924 liquidierte eine Gruppe rechtsrheinischer Agenten im Speyrer Hotel "Wittelsbacher Hof" den pfälzischen Regierungschef F.J. Heinz sowie die ihn begleitenden Autonomisten Dr. Sandt und Fußheller und fügte dem Chef der autonomistischen Polizei, Lilienthal, schwere Verwundungen zu. Heinz fand in seinem Heimatort Orbis seine letzte Ruhestätte. Zu diesem Attentat war der englische "Times"-Korrespondent Gedye eingeladen worden, der aus seinem Wohlwollen gegenüber den rechtsrheinischen Agitatoren nie einen Hehl machte, sie publizistisch unterstützte und sich zufällig immer genau dort befand, wo etwas los war. Er sorgte für die nötige ausländische Propaganda gegen die Autonomisten. Er war auch am 12. Februar 1924 beim berühmt-berüchtigten Sturm auf das Bezirksamt von Pirmasens dabei, dessen Verteidiger, darunter auch der Pirmasenser Autonomisten-Führer Schwaab, grausam niedergemetzelt wurden, wobei das Bezirksamtsgebäude in Flammen aufging und die Photos der verkohlten Leichen der separatistischen Verteidiger später als Propagandamaterial die Runde machten (14 Tote, 2 Schwerverletzte auf separatistischer Seite).

Nicht zuletzt aufgestachelt durch die rechtsrheinische Propagandamaschinerie und durch die "Times"-Berichte im eigenen Lande, mischten sich die Engländer nach der Erschießung von Heinz im "Wittelsbacher Hof" nochmals in die Angelegenheiten der Pfälzer ein und intervenierten bei den Franzosen. **Der englische Generalkonsul Clive** aus München machte eine Pfalzreise, um sich dort, gestützt auf die Bezeugungen von lokalen, rechtsrheinisch gesinnten Notabeln ein "objektives" Bild zu machen. Bezeichnenderweise hatte einige Tage vor dem Speyrer Attentat, Anfang Januar 1924, eine Unterredung zwischen Stresemann und Lord D'Abernon stattgefunden, die dazu beitrug, daß schließlich die Interalliierte Rheinlandkommission (IRK) der pfälzischen autonomistischen Regierung jede Handlung staatshoheitlichen Charakters ab 17. Februar 1924 verbot. Als Chef der neuen Pfalzregierung wurde der nicht-autonomistische Regierungsdirektor **Stahler** eingesetzt. Der Rest der pfälzischen Autonomisten mußte sich vor Repressalien nach dem Saarland, Frankreich oder Spanien absetzen. Proteste befreundeter ausländischer Organisationen, wie die der französischen "Ligue Franco-Rhenane" aus Paris, stießen auf taube Ohren, ebenso die Beschwörungen des Autonomistenfreundes **Maurice Barres**, des Begründers des "Comite de la Rive Gauche du Rhin". Der französische Ministerpräsident und Außenminister Poincare enttäuschte die autonomistenfreundliche Öffentlichkeit durch seine Untätigkeit. Es hing nur an Frankreich, den linksrheinischen entmilitarisierten Pufferstaat zwischen sich und dem Deutschen Reich zu haben. Wennschon Frankreich die Autonomisten mit Rücksicht auf die englischen Alliierten nicht unterstützen wollte, so hatte es diese sich wenigstens in Ruhe frei

entfalten lassen können. Der Journalist Bonnefon von der Pariser Tageszeitung "Echo de Paris" drückte das Empfinden so ziemlich aller seiner Landsleute aus, als er schrieb: "La Republique rhenane existera demain, si nous le voulons!" Jedoch was war schon von der französischen Regierung zu erwarten, nachdem sie am 11. Dezember 1923 den 28jährigen Lothringer Journalisten Paul Hocoquel vom "Echo du Rhin", Präsident der "Ligue Franco-Rhenane", kurzerhand von der französischen Besatzungspolizei festnehmen ließ! Auch der Hilferuf des Vorsitzenden der "Rheinischen Republikanischen Volkspartei", **Josef Smeets**: "Franken der Seine und der Maas, helft Eueren Brüdern, den Franken des Rheins!" - wobei von den Franzosen die Stammesbezeichnung "Franken" bewußt falsch mit "Français" übersetzt wurde - stieß bei den französischen offiziellen Stellen auf taube Ohren. Eine große Rolle für die Haltung der damaligen französischen Regierung spielten die französischen Kommunisten sowie die französische Freimaurerorganisation "**Grand Orient**"³, die sich offen gegen den rheinischen Separatismus aussprachen. Zwar war den Alliierten bekannt, daß es keinen Frieden ohne ein unabhängiges Rheinland geben würde, aber es kam wie es kommen mußte: Die grün-weiß-rote Autonomistenfahne mußte eingeholt werden.. Da **Gustav Stresemann** durch die 1925 erfolgte Unterzeichnung der Locamo-Verträge sowie aufgrund der Haager Konferenz (1929-30) den vorzeitigen Abmarsch der französischen Truppen erreicht hatte, folgte ihr am 30. 7. 30., dem Tag des Abzugs der französischen Verwaltung, die französische Trikolore. Nun waren den **Übergriffen der SA- und Stahlhelm-Leute** auf Separatisten und sonstige als frankophil eingestufte Bürger keine Schranken mehr gesetzt. Bald sollte die rheinische Bevölkerung das Naziregime in seiner ganzen Härte zu spüren bekommen, denn am 7. März 1936 rückten deutsche Truppenabteilungen in die rheinischen Gebiete im Westen des Deutschen Reiches ein - entgegen den Bestimmungen des Friedens von Versailles und den mit den Westmächten im **Locarnovertrag** von 1925 getroffenen Vereinbarungen, nach denen das Rheinland entmilitarisiert sein sollte. Es erfolgte keine Gegenaktion, und die in London zusammentretenden Delegierten der Signatärmächte von Locamo und des Völkerbundes brachten es nur zu papiernen Protesten. Die Aufmerksamkeit der Welt wurde auch bald durch Abessinien und Spanien abgelenkt, und Hitlers Angriff gegen Osten ließ ab 1938 jene Frühjahrüberraschung von **1936** in Vergessenheit geraten. Wie "begeistert" die Rheinländer über den Anschluß waren, kann man daraus ersehen, daß z.B. der zu den Aufnahmen für die Wochenschau eingesetzte Kameramann in Bonn beim Einmarsch der Truppen des nationalsozialistischen Deutschland die Menge erst auffordern mußte, doch Hurra zu rufen. "Wenn die Franzosen", so hat Hitler einmal geäußert, "damals ins Rheinland eingedrückt wären, hätten wir uns mit Schimpf und Schande wieder zurückziehen müssen, denn die militärischen Kräfte, über die wir verfügten, hätten keineswegs auch nur zu einem mäßigen Widerstand ausgereicht." Unter diesen Umständen kann man sagen, daß die Stupidität der französischen Regierung vielleicht **den Sturz Hitlers** verhindert hat.

Die Rheinländer hatten ihr Recht auf einen eigenen Staat damit begründet, daß man ja nach dem Ersten Weltkrieg ein Polen, eine Tscheche-Slowakei, ein Jugoslawien, ein Litauen usw. geschahen hatte, dabei aber das Rheinland vergaß. Hinzu kam das Ruhrproblem: Die Ruhr ist eine Vorhut des Rheinlandes in Richtung Preußens. Dort wohnt eine Bevölkerung, die in etwa der rheinländischen entspricht, jedoch sich etwas weniger rebellisch gegenüber dem Einfluß Berlins zeigte. Nach 1815 unterwarf sie sich Preußen ohne zu große Schwierigkeiten. Allerdings haben dann die Grubenarbeiter während des 1. Weltkriegs enorm unter der Erfüllung des Hindenburgschen Kohlenprogramms gelitten. Wie die Rheinländer, so ist auch der größte Teil der Ruhrbewohner katholischen Glaubens. Essen bleibt trotz ihres industriellen Aufschwungs immer noch die alte geschichtsträchtige Klostererde. Der religiöse Faktor des rheinländischen Autonomismus darf nicht übersehen werden. Im Jahre 1920 waren von den 6,5 Millionen Rheinländern 2,5 Millionen Protestanten und 4 Millionen Katholiken, wobei letztere stark von den andersgläubigen Gebieten eingezwängt waren. Diese Katholiken fürchteten Preußen und den Evangelismus, und im Rheinland mußte man mit einem neuen Kulturkampf rechnen.

Josef Smeets starb 1925 in Metz an den Folgen des am 17.3.23 auf ihn im Rheinlande verübten Attentats. Dr. Dorten hielt sich nach 1924 in Amerika auf und setzte sich dann im Süden Frankreichs fest. Matthes, der Begründer der Truppenorganisation RENO (Republikanische Notwehr), lebte von 1924 an in Straßburg. Im Jahre 1925 bedauerte die französische Presse anläßlich des Todes von Smeets und von General Mangin sowie anläßlich der rheinischen Tausendjahrfeier und der Räumung des

³ Übrigens waren viele bekannte Separatistengegner Logenbrüder, wie z. B. Stresemann

Ruhrgebiets das gegenüber den Rheinländern gebrochene Wort, das sie der Willkur der Weimarer Republik ausgeliefert hatte. Frankreich jedoch hatte seine Chance schon verpaßt.

Ende der 20er Jahre kam es zu den bekannten "Separatistenprozessen", wovon der bekannteste wohl der ist, den vom 18. bis 24. Januar 1928 in Köln der Bitburger Gutsbesitzer Dr. Christian Joseph Limbourg gegen M. Dumont-Schauberg vom "Verlag der Kölnischen Zeitung" und des "Stadt-Anzeigers für Köln und Umgebung" wegen übler Nachrede führte. Allerdings wurde dieser Prozeß von den propreußischen Richtern und Zeugen dahingehend umfunktioniert, daß am Schluß Dr. Limbourg selbst als Angeklagter dastand. Unter den Zeugen befand sich auch Dr. Konrad Adenauer, sowie ein in Frankfurt studierender Bitburger Student. Letzterer machte dem Dr. Limbourg den Vorwurf, er würde sich eher der Großherzogin von Luxemburg als dem preußischen Ministerpräsidenten Braun beugen. Nun waren Bitburg und auch andere Orte früher luxemburgisch. Auch war die Mutter von Dr. Limbourg Luxemburgerin. Was hätte Verwerfliches daran sein sollen, seiner Heimat mehr Achtung zu erweisen, als irgendeinem Politiker im fernen Berlin?

Saargebiet

Zweifelsohne waren vor dem Jahre 1933 viele Saarländer für die Rückkehr zu Deutschland gewesen, und zwar mit mehr Begeisterung als die Pfälzer, die auch nicht diese hundertjährige preußische Vergangenheit gehabt haben. Nach der Machtübernahme Hitlers am 30. Januar 1933 jedoch nahmen die Sympathien für einen Anschluß an das nationalsozialistische Deutschland spürbar ab. Die Saarländer wollten ihren Status quo aufrechterhalten, bis Deutschland wieder demokratisch und somit ein Anschluß wieder diskutabel werden würde. Die "Volksabstimmung" vom 13.1.35 wurde bestens von der nationalsozialistischen Presse vorbereitet. Leider gehörten die Verlagsanteile der meisten saarländischen Zeitungen im rechtsrheinischen Deutschland beheimateten Gruppen an, und somit wurde es saarländischen Journalisten nicht leicht gemacht, publizistisch gegen die Propaganda des Dritten Reichs vorzugehen. Einer dieser Journalisten war der spätere saarländische Ministerpräsident Johannes Hoffmann. Gemäß der Reichsregierung haben die Saarländer bei der Volksabstimmung vom 13. Januar zu 90,8 % für das Reich gestimmt, und obwohl die Plebiszit-Kommission die Aktion der Hitleranhänger als "politischen Terrorismus" bezeichnete und die Gültigkeit der Wahl in Zweifel stellte, übergab der Völkerbund am 1. März 1935 das Saarland den Nationalsozialisten.

Durch die 1935 erfolgte Rückgliederung der Saar wurde die natürliche Einheit Saar-Lothringen aufgehoben, die jedoch kaum 5 Jahre später, nach dem Einmarsch der Deutschen in Frankreich, wiederhergestellt wurde, indem man der 1935 eingerichteten Gauverwaltung "Saarpfalz" - deren Gauleiter der Pfälzer Josef Bürckel war - im Dezember 1940 auch noch das deutschsprachige Lothringen einverleibte. Dieser "Gau Westmark" wurde von den Nationalsozialisten als Vorhut und Bollwerk des Deutschtums gegen das Welschtum verstanden.⁴ Es versteht sich von selbst, daß viele der wertvollsten Menschen des Saarlandes ihre Heimat gleich nach Bekanntgabe

⁴ Der bretonische Volkstumskämpfer Yann Fouere (*L'Europe aux cent drapeaux*, Paris 1968, bes. S. 155-170) regt einen Bundesstaat Europa an, dessen Bestandteile je etwa 1 bis 8 Millionen Einwohner zählen könnten, was Staaten wie Deutschland oder Frankreich sprengen würde. Nach diesem Leitbild könnte man sich ein europäisches Bundesland Westfranken sehr gut vorstellen; dieses bestünde zwar, wie der NS-Gau "Westmark", aus den heutigen Gebieten Pfalz, Saarland und Deutschlothringen, würde aber seine natur- und geschichtsgewebene Berufung eines Übergangsgebietes zwischen deutscher und französischer Kultur erfüllen.

des Abstimmungsergebnisses verlassen mußten. Johannes Hoffmann begab sich zunächst nach Luxemburg. Inzwischen war er von den Nazis als "Volksverräter" ausgebürgert worden. Später ging Hoffmann nach Frankreich, wo er jedoch von der französischen Polizei 1940 in ein Internierungslager gebracht wurde, und seiner Auslieferung nur durch eine rasche Flucht entkommen konnte. Den ganzen 2. Weltkrieg verbrachte er in Rio de Janeiro im Hause des dortigen kanadischen Botschafters Jean Desy.

Gleich nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges forderte Frankreich für seine Sicherheit die Internationalisierung des Rheinlandes und der Ruhr, aber London und Washington zogen Deutschlands Einheit vor, da sie mehr an Deutschlands militärischer Lage und wirtschaftlichem Aufschwung interessiert waren. Folglich durfte Frankreich nach dem 2. Weltkrieg nichts mehr zugunsten des wiedererwachenden rheinischen Autonomismus unternehmen. Es gelang dem in Worms beheimateten "Komitee für ein eigenstaatliches Rheinland" nicht, die seit zwei Jahrzehnten gegen die Franzosen verhetzten Kälzer und Rheinländer zu aktiver Mitarbeit anzuregen. Ihr Nachrichtenorgan, der "Wormser Brief", hatte mehr den Charakter eines internen Mitteilungsblattes und konnte erst ab dem zweiten Jahrgang, also ab 1947, in regelrechtem Druck erscheinen. Dieses Komitee war vor allem antimilitaristisch und antipreußisch eingestellt, aber ihm fehlte das kämpferische Temperament seiner Vorgänger der 20er Jahre. Im Oktober 1947 fand in Singen a. H. (frz. Zone) die Gründung einer "Permanenter Konferenz autonomer deutscher Föderalisten" statt, die mit dem "Singer Manifest" der Autonomen Föderalisten abschloß. Sie lehnten die Hinzuziehung einer "Deutschen Repräsentation" zur Londoner Konferenz ab, da die Teilnehmer derselben - darunter Jakob Kaiser und Konrad Adenauer - durchwegs zentristisch eingestellt waren. - Ohne Erfolg. Die spätere Adenauersche Überfremdungspolitik der linksrheinischen Bevölkerung durch Innerdeutsche und Ostflüchtlinge - seit Frankreich letztere in seine Besatzungszone einziehen ließ - trug das ihre zu einem Ersticken neuer autonomistischer Aktionen bei. Spätestens bei der Gründung der "Bundesrepublik Deutschland" setzten sich die meisten Neo-Autonomisten ins Saarland ab.

Dort war seit dem 30. August 1945 Gilbert Grandval Saargouverneur. De Gaulle sagte am 3.10.45 bei einem Besuch in Saarbrücken: "Ich glaube, daß wir leicht zusammenarbeiten werden, denn wir sind ja hier unter Europäern und Westländern, und müssen uns verstehen." Die Lage schien also vielversprechend, vor allem für die seit Mai 1945 tätige Organisation MLS (Mouvement de la Liberation de la Sarre), die dann in MRS (Mouvement du Rattachement de la Sarre à la France) umbenannt wurde. Ihr Erster Vorsitzender war Dr. Sender, und das Organ ihrer angeblich 100. 000 Mitglieder trug den Namen "Neue Saar". Der prodeutsch eingestellte Christdemokrat Johannes Hoffmann war ein Gegner dieser Organisation und setzte sich auch dafür ein, daß die französische Regierung nicht ihre Pläne verwirklichte, als Vergeltung für die bis nach Polen umgesiedelten Elsässer und Lothringer - die dann auf ihren zurückbleibenden Gütern von "zuverlässigen" Deutschen ersetzt wurden - etwa 300. 000 Saarländer durch Innerfranzosen zu ersetzen.

Am 22.12.46 wurde die Zollgrenze von der französisch-saarländischen Grenze an die Grenze zwischen der Saar und Restdeutschland verlegt. Ab 16. 7.47 gab es die "Saarmark", aber schon am 15.11.47 wurde der französische Franc als Zahlungsmittel im Saarland eingeführt. Im Juni 1947 wurden auch die letzten Nazis aus dem Saarland ausgewiesen. Am 5.10.47 fand die erste Parlamentswahl des Saarlandes statt. Von ihr waren diejenigen ausgeschlossen, die nicht am 30. Januar 1933 an der Saar wohnhaft waren, oder von diesem Zeitpunkt ab nicht wenigstens 10 Jahre ihren ständigen Wohnsitz im Saarland hatten, ferner diejenigen, denen durch Säuberungsbescheid das Wahlrecht abgesprochen war (wie überall im besetzten Deutschland). Durch das Wahlgesetz sollten die gebürtigen Saarländer oder schon längere Zeit an der Saar ansässigen Personen über den Weg ihres Heimatlandes entscheiden. Nur diese, die mit dem Lande und

seinem Grenzlandschicksal verbunden waren, sollten bestimmen, nicht jene, denen die Problematik des Grenzlandraumes mit seinen Erfahrungen unbekannt war. 87 % der Wähler entschieden sich für die Unabhängigkeit von Deutschland und für die wirtschaftliche Einheit mit Frankreich. Die Saarregierung wurde am 15.11.47 von der SPS (Sozialdemokratische Partei des Saarlands) gestellt. Am 15.7.48 trat das saar-ländische Staatsangehörigkeitsgesetz in Kraft und die Saarländer erhielten von da an einen französischen Paß mit dem Aufdruck "Saarländer". Nach dem saarländisch-französischen Kulturabkommen vom Dezember 1948 wurde der französische Sprachunterricht in der Volksschule vom 2. Schuljahr an eingeführt.

Gleich nach der Gründung der Bundesrepublik begann der kalte Krieg gegen die saarländische Regierung. 1949 setzten sich Prof. Dr. Heuss und Dr. Kurt Schumacher gegen eine Beteiligung der Saar im Straßburger Europarat ein, obwohl die Saar alle Beitrittsbedingungen erfüllte, die Bundesrepublik jedoch noch nicht. Wie nicht anders erwartet, trat jetzt -von Adenauer angeregt - auch England gegen die Saar als Mitglied des Europarates auf. Auch jetzt wieder gab sich Adenauer als Alleinrepräsentant - diesmal der Saarländer - aus. Er wollte das Saarproblem über die Köpfe der Betroffenen hinweg durch deutsch-französische Gespräche lösen. SPD wie CDU, Carlo Schmid wie Adenauer, bekämpften die Saarregierung, aber schließlich wurde das Saarland, zugleich mit der Bundesrepublik, am 30.3. 50 als assoziiertes Mitglied in den Europa-Rat aufgenommen. Am 9. April 1951 demissionierte die SPS-Regierung des Saarlandes und wurde von der CVP (Christliche Volkspartei) unter Ministerpräsident J. Hoffmann abgelöst. Unter seiner Regierung wurde in den Jahren 1952, 53 und 54 der Plan eines europäischen Statuts für die Saar ausgearbeitet, den die Adenauer-Regierung um jeden Preis zunichte machen wollte. Der französische Außenminister Robert Schuman sagte: "Die Saar sollte europäisches Gebiet werden, Wiege und Sinnbild des Vereinigten Europa." Im Falle der Annahme des Europa-Statuts sollte ein europäischer Kommissar (weder Deutscher, Franzose noch Saarländer) die Saar überall nach außen vertreten.

Um die Autonomie des Saarlandes auch äußerlich auf allen Gebieten zum Ausdruck zu bringen, wurde Anfang 1952 das französische Hohe Kommissariat (Gilbert Grandval) in Saarbrücken in eine französische Botschaft umgewandelt. Umgekehrt wurde auch die 3 Saar diplomatisch in Paris vertreten. Währenddessen ging die Propaganda gegen den Ministerpräsidenten "Joho" weiter, und ihr schlossen sich auch Walter Halistein (CDU) und Erich Ollenhauer (SPD) an. Adenauer wehrte sich gegen Saarbrücken als endgültigen Sitz der Montanunion. Gleichzeitig versuchte die Bundesregierung, im Saarland die sogenannten "deutschen Parteien" zuzulassen: DPS (Demokratische Partei Saar - verboten im Jahre 1951), CDU und SPD (erst 1955 aufgrund des veränderten Saarstatuts zugelassen). Alle diese Parteien bekamen Geld von Bonn, um mit allen Kräften, auch publizistisch, gegen die Saarregierung und für einen Anschluß an die BRD zu werben. Hinzu gesellten sich verschiedene Organisationen, so z.B. der 1950/51 von Exilsaarländern gegründete und von der CDU unterstützte "Deutscher Saarbund", dessen Organ die in Bad Kreuznach erscheinende "Deutsche Saarzeitung" war. Diese Zeitung, die im Volksmund bezeichnenderweise "Saarstürmer" hieß, wurde von Bonn dotiert und kostenlos im Saarland verteilt.

Auf den Druck der Alliierten hin beschloß am 4. September 1952 die Saarregierung, daß sie nach Abschluß der deutsch-französischen Verhandlungen, denen sie schließlich zugestimmt hatte, eine Volksbefragung unter internationaler Kontrolle durchführen werde, die gegebenenfalls schon vor Abschluß dieser Verhandlungen stattfinden könnte. Trotz dieses Entgegenkommens rief der Bundestag am 18. November 1952 die Saarbevölkerung zur Wahlenthaltung bzw. zur Abgabe ungültiger Stimmzettel bei den Landtagswahlen am 30. November auf. Bonns Einmischung rief nationale Leidenschaften hervor und riß einen Graben in der Saarbevölkerung auf. Bonn behauptete, daß dies keine freien Wahlen gewesen wären, weil die deutschen Parteien (CDU, SPD) nicht zugelassen waren. Jedoch, weicher

Staat würde zulassen, daß sich Parteien eines anderen Staates an seinen Wahlen beteiligen? Das Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen unter Jakob Kaiser betrieb unfaire Wahlpropaganda. Unterstützt wurde er u.a. durch die 1951 von Exilsaarländern gegründete "Deutsche Aktion", deren Vorstandsmitglied Prinz zu Löwenstein Propagandareisen durch die Saar unternahm. Auch der Trierer Bischof mischte sich in die Wahlen vom 30.11. 52 ein: in einem Hirtenbrief empfahl er den Gläubigen Stimmhaltung. Trotz des Bonner Boykotts entschieden sich die Wahlberechtigten mit Dreiviertel-Mehrheit für die Saarland! -sehen Regierungsparteien. Die übrigen Wahlberechtigten enthielten sich der Stimme oder gaben ungültige Zettel ab (24%) oder aber nahmen an der Wahl nicht teil (6,9%). Am 23.12. 52 wurde die 3. saarländische Regierung gebildet.

Anfang 1953 wurde Robert Schuman als Außenminister durch Georges Bidault abgelöst und am 20. Mai 1953 ein neuer Staatsvertrag mit Frankreich unterzeichnet, der dem Saarland mehr Autonomie und Souveränität gab, u.a. eigene Scheidemünzen. Ein Jahr darauf hatte der Europarat einen Plan für die Europäisierung der Saar ausgearbeitet. Es handelte sich um den von dem holländischen Sozialisten van Naters in den Jahren 1952-54 ausgearbeiteten "Naters-Plan", der mit 83 zu 6 Stimmen vom Europarat Ende April 1954 angenommen wurde. Demnach sollte das Saarland erst dann europäisches Territorium werden, wenn die politische Gemeinschaft bestehen würde, und zwar unter dem ausdrücklichen Vorbehalt einer Friedensvertragsregelung, ferner sollte die Währungsunion mit Frankreich bis zur europäischen Währung erhalten bleiben. Dann aber richtete sich die Aufmerksamkeit der französischen Öffentlichkeit bald auf andere Dinge: der am 17./18. 6. 54 gewählte Ministerpräsident Mendes-France beschäftigte sich vor allem mit Indochina. Wenn über die Saar verhandelt wurde, dann nur über die Köpfe der Saarländer hinweg, direkt mit Adenauer und Hallstein. Am 23.10. 54 erfolgte in Paris die Unterzeichnung des europäischen Saarstatuts sowie der Verträge über die Souveränität und die Aufnahme der BRD in die NATO.

Am 16. 6. 55 wurde eine internationale Kontrollkommission ernannt und am 24.7. für den 23.10. 55 eine Volksbefragung festgesetzt, die wie folgt lautete: "Billigen Sie das mit Zustimmung der Regierung des Saarlandes zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der Regierung der Französischen Republik am 23. Oktober 1954 vereinbarte Europäische Statut für das Saarland?" - Nun waren schon vor der Abstimmung in der Saar die deutschen Parteien (CDU, DPS und SPD) zugelassen worden, die die Fragestellung verfälschten und ihr die Bedeutung gaben: "Wollt ihr zu Deutschland oder nicht?", also etwa in dem Stile "**Heim ins Reich**". Wie schon 1947 wollte die Saaregierung nur solche Personen wählen lassen, denen wirklich das Wohl der Saar am Herzen lag und die folgenden Bedingungen erfüllten- Saarländische Staatsangehörigkeit, im Saarland geboren und am 23.10.54 ! im Saarland wohnhaft oder wenn nicht im Saarland geboren, so doch wenigstens am 23.10. 54 seit mindestens 5 Jahren im Saarland wohnhaft. Die seit 8.5.45 politisch Ausgewiesenen sollten keinerlei Stimmrecht haben. Die Westeuropäische Union (WEU) und Macmillan bestanden jedoch darauf, daß diese Ausgewiesenen abstimmungsberechtigt seien.

In den Monaten vor der Abstimmung gab es ähnliche Wahlkämpfe wie zur Zeit der Weimarer Republik vor Hitlers Machübernahme. Zwar sprach sich Adenauer plötzlich für ein europäisiertes Saarland aus, jedoch durch seine dortigen Partei-Filialen bewies er jedoch das Gegenteil. Dr. Schneider von der DPS sowie Erich Mende von der FDP gingen sogar so weit, die Saar mit der Sowjetzone zu vergleichen. Ferner behaupteten die Bonner Propagandisten, daß die Saarländer französische Soldaten werden sollten und appellierten so an die Gefühle der Mütter und Frauen. Welche Scheinheiligkeit, wo doch wenige Jahre später wo doch die jungen Saarländer die Wehrdienstpflicht für die Bundeswehr wartete! Als schließlich am 23. Oktober 1955 das europäische Saarstatut von (17,2 % der Wahlteilnehmer gegen 32,3 % Ja-Stimmen abgelehnt wird, tritt am selben Abend die saarländische Regierung zurück. Viele Saarländer hatten Nein gewählt, weil sie nicht mehr Hoffmann haben wollten, vergaßen aber dabei, daß diese Volksabstimmung vom 23.10.

nichts damit zu tun hatte, sondern nur die darauffolgenden Landtagswahlen (18.12. 55). Natürlich war es nur im Interesse der Bonner Regierung, diesen Irrtum vor der Abstimmung noch zu bestärken. Am 10.1. 56 wurde Dr. Hubert Ney (CDU) Ministerpräsident (ab 4.6.57 Justizminister) und am 5.7.1959 erfolgte die endgültige Rückgliederung des Saarlandes als 11. Land in die Bundesrepublik Deutschland.

Nach dem Anschluß befand sich das Bundesland Saar immer in schlechter Finanzlage und war subventionsbedürftig, denn die Trennung vom lothringischen Erz und dem französischen Markt erforderte eine künstliche Erhöhung des Lebensstandards. Außerdem trauerten viele Saarländer der nun verlorengegangenen besseren saarländischen Sozialgesetzgebung (Familienzulagen) nach. Das günstige saarländische Gesetz, daß der Saarbergmann nach Vollendung des 55. Lebensjahres in den Ruhestand treten kann, wurde nach 1955 ebenfalls abgeschafft, ebenso wie nach und nach der obligatorische Französischunterricht in den Volksschulen, der dem Saarländer gegenüber dem Bundesbürger ja nur Vorteile bringen konnte. Gleich nach dem Anschluß der Saar entsandte die Bonner Regierung dorthin massenhaft Innerdeutsche und Flüchtlinge, und die darauf folgende Kulturpolitik integrierte die Saar nun vollends.

Autonomistische Bestrebungen sind heute in den linksrheinischen Gebieten vor allem nur noch unter älteren, übriggebliebenen Streitern für diese Sache zu finden, die Jugend ist bundesdeutsch umerzogen. Im Gegensatz zu den linken und kommunistenfreundlichen Autonomisten der 20er Jahre hat die "linke" Jugend in der Pfalz und im Saarland heute überhaupt nichts mehr für Autonomismus übrig, nicht zuletzt deshalb, weil sie Innerdeutsche oder Abkömmlinge innerdeutscher Einwanderer sind und sich mit ihrer neuen Heimat mundartlich und innerlich kaum verbunden fühlen.

Die grundgesetzwidrige Neugliederung der Bundesrepublik Deutschland

Der Bonner Staat strebt die Auflösung der deutschen Stämme an, bevor er die deutsche Nation als solche ganz aus dem Bewußtsein der Menschen streichen wird. Dieser Übergriff auf die verschiedenen deutschen Volks- und Dialektgruppen soll bis spätestens 31. März 1975 erfolgen, und die Bundesregierung stützt sich dabei unberechtigterweise auf Absatz 1 des Verfassungsartikels 29 des Grundgesetzes von 1949, den sie in der Monopolpresse (z. B. im SPIEGEL Nr. 25 v. 15. 6.70) wie folgt sinnentfremdend zitieren läßt: "Das Bundesgebiet ist durch Bundesgesetz neu zu gliedern. Die Neugliederung soll Länder schaffen, die nach Größe und Leistungsfähigkeit die ihnen obliegenden Aufgaben wirksam erfüllen können." In Wirklichkeit jedoch war dieser Grundgesetzartikel geschaffen worden, um die in der Nachkriegszeit von den Alliierten künstlich gebildeten Bundesländer wieder ihrer Tradition und Dialektzugehörigkeit gemäß aufzugliedern und hier und da Grenzkorrekturen zwischen den betreffenden Bundesländern vorzunehmen. Jedermann kann im Grundgesetz nachlesen, wie Absatz 1 des Artikels 29 in Wirklichkeit lautet: "Das Bundesgebiet ist unter Berücksichtigung der landsmannschaftlichen Verbundenheit, der geschichtlichen und kulturellen Zusammenhänge, der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit und des sozialen Gefüges durch Bundesgesetz neu zu gliedern. Die Neugliederung soll Länder schaffen, die nach Größe und Leistungsfähigkeit die ihnen obliegenden Aufgaben wirksam erfüllen können." Die darauffolgenden sechs Absätze des Artikels 29 erläutern vor allem, wie Volksbegehren und Volksabstimmung vor sich gehen sollen und legen fest, daß die Neugliederung eigentlich schon "vor Ablauf von drei Jahren nach Verkündung des Grundgesetzes" erfolgen soll, demzufolge also schon im Jahre 1952 ! Bisher tat sich auf diesem Gebiete jedoch nichts. Einige Volksbegehren fanden zwar statt, wurden jedoch spätestens bei der darauf stattfindenden Volksabstimmung von den negierenden manipuliert und abgetan.

So gab es im Jahre 1956 ein mißglücktes Volksbegehren der Pfälzer für die Wiedervereinigung der Pfalz mit Bayern bzw. für den Anschluß an Baden-Württemberg. Alle zum Landtag wahlberechtigten Personen, die in dem betreffenden Gebietsteil ihren Wohnsitz, waren eintragungsberechtigt. In der Pfalz konnte daher am Volksbegehren jeder Deutsche teilnehmen, der seit mindestens 6 Monaten in Rheinland-Pfalz (also nicht nur in der Pfalz selbst) und am Tage der Eintragung (!) in einer pfälzischen Gemeinde wohnte. Dies war also keine Volks-, sondern eine Bevölkerungsabstimmung! Würden zum Beispiel in den deutschen Ostgebieten zur Volksabstimmung nur die am Abstimmungstage dort Wohnhaften zugelassen, wären diese Gebiete völlig für Deutschland verloren - auch ohne Brandtschen Grundvertrag. Wir haben also alle ein lebenswichtiges Interesse daran, daß bei künftigen Volksabstimmungen nicht das Wohnsitz-, sondern das Abstammungsprinzip gilt!

Der Hinweis auf das allen Beteiligten gemeinsame **Deutschtum** hilft keinen Schritt weiter. Was die Deutschen voneinander unterscheidet, ist ihr fruchtbares und anregendes **Stammestum**. Ein Föderalismus, welcher sich nicht auf selbständige Völker und Stämme, sondern lediglich auf ein Gleichgewicht von Staaten oder Mächten stützt, entbehrt der naturrechtlichen Legitimation und führt zum Unitarismus, den die Sozialisten ja so gerne wollen. Deshalb nennt Artikel 29 des Grundgesetzes unter den für die Neugliederung des Bundesgebietes maßgebenden Gesichtspunkten die landsmannschaftliche Verbundenheit, also das Stammestum, an erster Stelle.

Dann machte man den Willen der Badener zunichte, die mit Volkstrennung vom 7. Juni 1970 die Loslösung von Württemberg erreichen wollten. Nach dem Ende des zweiten Weltkriegs sind diese Provinzen in der Adenauer-Ära einfach zu sehr überfremdet worden, und außerdem zeigt die im Nachkriegsgeist antinational umerzogene Jugend wenig Verständnis für autonomistische Bestrebungen. Deshalb war es natürlich dem Präsidenten des eigens zu diesem Zweck geschaffenen Komitees "Vereintes Baden-Württemberg", dem Offenburger Pressekönig Dr. Franz Burda, ein leichtes, die badischen Jungwähler durch Sympathie-Shows mit deutschen Schlagerstars, wie Udo Jürgens, dem tschechischen Devisenbeschaffer Karel Gott und vielen anderen Idolen der westdeutschen Jugend, für seinen Südweststaat zu ködern. Sogar seine Reklameflugzeuge setzte Burda gegen die Altbadener ein.

Die westlichen Siegermächte hatten nach Kriegsende bald erkannt, daß Deutschland von viel zu vielen Völkerschaften zusammengesetzt ist, als daß man die Gliederung in französische, englische und amerikanische Besatzungszonen auf die Dauer nicht ohne Schwierigkeiten mit der einheimischen Bevölkerung aufrechterhalten konnte und man eben so weit wie möglich zu den alten "Volksstaaten" zurückkehren mußte. Schon 1945 bildete die Saar unter dem Schutz der französischen Militärregierung eine eigene Verwaltungseinheit. Der Rest Süddeutschlands blieb noch "Zone Francaise" bzw. amerikanische Besatzungszone. Am 18. 5. 1947 wurde aus der Pfalz, aus Rheinhessen (linksrheinischer Teil des ehemaligen Volksstaates Hessen), Teilen der ehemaligen preußischen Rheinprovinz (Regierungsbezirke Trier und Koblenz) und einem Teil der ehemaligen preußischen Provinz Hessen-Nassau (Montabaur) das künstliche Gebilde Rheinland-Pfalz (Hauptstadt Mainz) geschaffen.

Dem Bundes-Innenminister waren bis zum 5. 2. 56 fünfzehn Volksbegehren vorgelegt worden. Von ihnen wurden nur ganze sieben zugelassen, davon allein fünf für das Land Rheinland-Pfalz. Stattgegeben wurde folgenden Anträgen:

- 1.) Wiederherstellung des früheren Landes Oldenburg, 2.) des früheren Landes Schaumburg-Lippe, 3.) Angliederung der Regierungsbezirke Koblenz und Trier an das Bundesland Nordrhein-Westfalen, 4.) Angliederung des Regierungsbezirks Pfalz an Bayern, 5.) .. .an Baden-Württemberg, 6.)

Angliederung des Regierungsbezirks Montabaur an Hessen.

In den Jahren 1946/47 wurden kleinere Gebietsteile von Rheinland-Pfalz an das Saarland abgetrennt, 1949 weitere kleine Teile an Belgien (1958 zurückgegeben), Luxemburg und Frankreich. Am längsten hielt sich das Land Baden (Hauptstadt Freiburg), das erst 1952 der Neubildung Baden-Württemberg (Hauptstadt Stuttgart) einverleibt wurde, nachdem diesem Zusammenschluß eine der üblichen "Volksabstimmungen" (1951) vorausgegangen war.

Briefmarkensammler wissen, daß für die französische Zone bis zum Jahre 1946 gemeinsame Briefmarken ausgegeben wurden, dann aber die Militärverwaltung unter Zugeständnis an die Eigenarten der dort lebenden deutschen Stämme von 1947 bis zur Gründung der BRD im Jahre 1949 eigene Briefmarken für das Saarland, Rheinland-Pfalz, Baden und Württemberg drucken ließ. Die darauf abgebildeten regionalen Landeswappen, Denkmäler, Landschaftsbilder und berühmten Männer hatten eine ebenso psychologische wie bildende Wirkung, die den Zusammenhalt förderte.

Die eben besprochenen Bundesländer (Saarland, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg) sind nur drei der eil die Bundesrepublik Deutschland formenden Länder (Bayern, Hessen, Nordrhein Westphalen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Bremen, Hamburg und West-Berlin). Von diesen sind einige ebenfalls bevölkerungsmäßig vielschichtig zusammengesetzt. So werden von München aus bajuwarische, schäbischehe und mainfränkische Bayern regiert. In Hessen finden wir den Übergang von der fränkischen zur hochdeutschen Dialektgruppe, und Schleswig-Holstein, das eigentlich dem niederdeutschen Sprachraum angehört, in den letzten Jahrzehnten aber weitgehend zur Schriftsprache übergegangen ist, weist zur nun hochdeutschen Mehrheitsbevölkerung noch die Friesen und dänischsprechenden Südschleswiger auf.

Auch in der Religionszugehörigkeit differieren die einzelnen Volksgruppen und Bundesländer häufig voneinander. So sind die Saarländer mehrheitlich katholisch, die Pfälzer dagegen protestantisch und das nördliche Rheinland-Pfalz wiederum vorwiegend katholisch. Nordrhein-Westfalen weist ebenfalls eine leichte katholische Mehrheit auf. Baden-Württemberg ist etwa zur Hälfte katholisch und zur anderen Hälfte evangelisch, und es gibt dort vor allem den Unterschied zwischen den fränkischen Nordbadenern und den alemannischen Südbadenern und Württembergern. Bayern ist - außer im Norden - überwiegend katholisch und bekanntlich sind die anderen nördlichen Bundesländer vorwiegend evangelischen Glaubens,

Wie wir eingangs erwähnten, sind nun seit einiger Zeit von seiten der Bonner Regierung Bestrebungen im Gange, die Bundesrepublik grundgesetzwidrig neu zu gliedern, und zwar die Anzahl der Bundesländer von elf auf sechs oder fünf (einschl. West-Berlin) zu verringern. Bisher hatte man diese Neugliederung, die eigentlich - wenn auch in anderer Form - schon 1952 erfolgen sollte, aus wahlpolitischen Gründen immer wieder hinausgeschoben. Erst im Jahre 1969, kurz vor dem Ende der Großen Koalition, beschloß Bonn eine Grundgesetz-Novellierung, in der es scheinheilig und irreführend heißt: "In den zur Disposition stehenden Gebieten haben bis spätestens 31. März 1975 (für Baden: 30. Juni 1970) Volksentscheide über das Ländergrenzen-Los stattzufinden. "Angeblich soll über die Hälfte der Bundesbürger für eine Verringerung der Anzahl der Bundesländer sein, obwohl nie eine diesbezügliche Volksabstimmung stattfand.

Die Allensbacher Meinungsmanipulation für 1975 geht jetzt schon los! Eines der vielen Beispiele der durch die Meinungsmonopolpresse verbreiteten Lügen findet sich u.a. in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 2./3.12.1972 unter dem irreführenden Titel: "Für Vereinigung dreier Bundesländer - Bürger von Rheinland-Pfalz befürworten „große Lösung“ bei einer Neugliederung. Wenn man sich jedoch nicht nur - wie die meisten Leute - mit der Schlagzeile begnügt, sondern weiterliest, so steht genau das Gegenteil darin, nämlich unter anderem: "Wenn es bei der Neugliederung des

Bundesgebiets nach dem Willen der Bürger von Rheinland-Pfalz ginge, dann dürfte dieses Land keineswegs die 'Beute' seiner Nachbarn werden, es müßte selbständig bleiben. ... 58 Prozent der Befragten sprachen sich für die Erhaltung des selbständigen Landes Rheinland-Pfalz aus, 23 Prozent sprachen dagegen, 19 Prozent enthielten sich der Stimme. ... Staatssekretär Hilf (Chef der Mainzer Staatskanzlei, Anrn. d.A.) erklärte, daß seine Regierung keine neuen Schlüsse aus der Umfrage zu ziehen brauche. Seine Regierung trete neben Hessen am offensten für die Neugliederung ein. Durch die Umfrage sei der Plan einer 'großen Lösung', der Zusammenschluß der drei Bundesländer Hessen, Rheinland-Pfalz und Saarland, bestätigt worden." Inzwischen wurde die Bonner Neugliederungspropaganda auch von der ausländischen Presse kritüdos übernommen. So frech also setzt sich die Brandt-Regierung über den Willen des deutschen Volkes hinweg!

Motiviert wird die Verschmelzung von Saarland, Rheinland-Pfalz und Hessen zu einem Bundesland "Mittelrhein" sowie von Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Bremen und Hamburg zu einem "Nordweststaat" genannten Bundesland durch die Auffassung, daß durch diese Neugliederung jedes Bundesland bevölkerungsmäßig ungefähr gleich groß werden würde und mit den anderen Bundesländern wirtschaftlich konkurrenzfähig bleiben könnte. In der Tat gibt es heute Bundesländer, wie das Saarland oder die Hansestaaten, deren Einwohnerzahl nicht mehr als 1 bis 2 Millionen beträgt, und auch das flächenmäßig größere Rheinland-Pfalz zählt kaum 4 Millionen Einwohner, wohingegen der nördliche Nachbar Nordrhein-Westfalen gar 17 Millionen Einwohner aufweist. Das durch das Saarland, Rheinland-Pfalz und Hessen gebildete neue Bundesland "Mittelrhein" würde schon 10,5 Mill. Einwohner zählen und somit auch mit dem ebenfalls 10,5 Mill. Einwohner zählenden Bayern, mit Baden-Württemberg (8,8 Mill.) und dem aus den Hansestädten, Niedersachsen und Schleswig-Holstein geformten "Nordweststaat" (12 Mill. Einwohner) an Einwohnerzahl konkurrieren können.

Andere Pläne sprechen davon, aus dem Saarland, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg ein einziges riesiges CDU-Bundesland zu bilden. Andererseits möchten die SPD-Planer in den roten Hansestädten auf jeden Fall die Selbständigkeit retten. Keinesfalls jedoch kommt hier die Gesetzesaufgabe des Artikels 29 zur Geltung, nach der das Bundesgebiet auch unter Berücksichtigung der landsmannschaftlichen Verbundenheit und der geschichtlichen und kulturellen Zusammenhänge neu zu gliedern ist und nicht nur gemäß der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit und Leistungsfähigkeit.

Da die Landtagswahlen in den drei Bundesländern Hessen (November 1974), Rheinland-Pfalz (März 1975) und Saarland (bis Mai 1975) zeitlich fast zusammenfallen, sieht Bonn hier eine günstige Gelegenheit, wenigstens dort die Neugliederung voranzutreiben, die sich schon jetzt in Norddeutschland erster Widerstand zu regen beginnt... Daß sich neben der SPD besonders eifrig die FDP für eine Neugliederung einsetzt, ist nicht verwunderlich: die SPD würde einen Vorsprung in dem neugeschaffenen Bundesland "Nordweststaat" (zusammengesetzt aus Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Bremen und Hamburg) haben, und die FDP würde kaum noch unter der Fünf-Prozent-Grenze liegen.

Sollen die bis in die heutige Zeit hinübergeretteten kärglichen Reste der ehemaligen deutschen "Volksstaaten", von denen jeder kulturell, sprachlich und traditionsmäßig weitgehend eine Einheit formte, aufgrund von wirtschaftlichen Reißbrettplänen antinationaler Bonner und Brüsseler Technokraten gar völlig von der Landkarte und - schlimmer noch - aus dem Bewußtsein der Menschen verschwinden? So zum Beispiel hat der Freistaat Bayern das Recht, an seinen Grenzen, die BRD-Staatsgrenze eingeschlossen, seine eigenen Grenzpfähle aufzustellen.

Vor einigen Jahren mußte bei den bayrischen BRD-Grenzübergängen der bayrische Grenzpfahl so umgesetzt werden, daß das bayrische Wappen erst hinter dem Bundesadler zu stehen kam. Neuerdings jedoch hat man alle bayrischen Wappen samt der blau-weißen Stange entfernt, auch an den Grenzen Bayerns zu den benachbarten Bundesländern. So nebensächlich dies

auch erscheinen mag, die Bonner Machthaber werden schon ihre guten Gründe für dieses gesetzwidrige Vorgehen gehabt haben. .. Wie mächtig doch die Wirtschaft ist! In ihrem Namen geschieht heute fast alles, und was man sonst als volkspolitisch.e Manipulationen ablehnen würde, das soll man sich heute aufgrund "wirtschaftlicher Notwendigkeit" so ohne weiteres gefallen lassen. Wenn die Bonner Regierung bis 1975 ihre grundgesetz- und völkerrechtswidrigen Pläne zur Neugliederung verwirklicht, dann wird Deutschland weiter von einem Europa der Regionen entfernt sein als je zuvor in seiner langen Geschichte.

Literaturverzeichnis

Maurice Barres "Les Grands Problemes du Rhin", Paris 1930)

Josef Beilot "Hundert Jahre politisches Leben an der Saar unter preußischer Herrschaft (1815-1918)", Ludwig Röhrscheid Verlag, Bonn 1954

Hans Bergmann "Der Volkstumskampf um den Rhein", ca. 1935

Paul Binoux "La Question Rhenane et la France", 2 Karten, Editeur Guy Le Prat. Paris 1946

Leo Böhmer "Die rheinische Separatistenbewegung und die franz. Presse", Dt. Verlags-Anstalt Stuttgart, Berlin u. Leipzig 1928

Max Braubach "Der Einmarsch deutscher Truppen in die entmilitarisierte Zone am Rhein im März 1936

Ein Beitrag zur Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges", Westdt. Verlag Köln/Opladen 1956 "Dokumentensammlung zur Geschichte des pfälz. Separatismus", Hauptbildungsstelle für die Pfalz, Heidelberg 1924

DTV-Atlas zur Weltgeschichte, Band 1 u. 2, Dt. Taschenbuch Verlag, München 1971

Yann Fouéré "L'Europe aux cent drapeaux", Presses d'Europe, Paris 1968

Pierre de la Gorce "Histoire du Second Empire", Band IV, Editions Plon, Paris 1899

Maurice Heim "Le Rhin - Frontiere des Gaules", 1 Karte, Les Editions Universeiles. Paris 1945

Karl Hofer "Oberschlesien in der Aufstandszeit", Berlin 1938

Johannes Hoffmann "Das Ziel war Europa - Der Weg der Saar 1945-1955", Günter Olzog Verlag, München u. Wien 1963

Hans Keller "Das Selbstbestimmungsrecht der Pfälzer", München 1956

Karlheinz Lintz "Großkampftage aus der Separatistenzeit in der Pfalz", Südwestdeutscher Verlag, Edenkoben 1930

Paul Matter "Bismarck et son temps", Band II, Editions F. Alcan, Paris 1906

Günther Meinhardt "Adenauer und der rheinische Separatismus". Kommunal-Verlag, Recklinghausen 1962

Dr. Karl Moll "Die pfälzischen Volksbegehren zur Neugliederung des Bundesgebietes in der Stadt Ludwigshafen a. R. v. 9. bis 22. April 1956", Veröffentlichungen des Statistischen Amtes der Stadt Ludwigshafen a. R., Reihe B, Heft 14, Mai 1956

Dr. Robert Oberhauser "Kampf der Westmark", NSZ-Verlag, Neustadt a. d. Haardt 1934

Emil Öhmann "Zur Kenntnis der französischen Bestandteile in den rheinischen Mundarten", Helsinki 1965

Dr. Robert H. Schmidt "Saarpolitik 1945-1957", Duncker & Humblot, Berlin 1959

Paul Tirard "La France sur le Rhin - Douze années d'occupation rhénane", Editions Plon, Paris 1930

"Wormser Brief", Nachrichten der Rheinlandbewegung des "Komitee für ein eigenstaatliches Rheinland", Jahrgang 1947